

# Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration



Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration  
80524 München

Präsidentin  
des Bayer. Landtags  
Frau Ilse Aigner, MdL  
Maximilianeum  
81627 München

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom  
PI/G-4255-3/2065 I  
07.02.2022, Schaberl

Unser Zeichen  
C5-0016-1464

München  
26.04.2022

## **Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Cemal Bozoğlu vom 07.02.2022 be- treffend 'Reichsbürger' in Bayern 2021**

### Anlage

- 1) Aufschlüsselung zu den Fragen 3.1 und 3.2
- 2) Aufschlüsselung zu Frage 3.3
- 3) Aufschlüsselung zu den Fragen 4.1 und 4.2
- 4) Aufschlüsselung zu Fragen 4.3

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

die Schriftliche Anfrage beantworte ich, hinsichtlich der Frage 7.1 im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz und hinsichtlich der Frage 8.3 im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus, wie folgt:

zu 1.1:

*Wie viele Personen zählen die Sicherheitsbehörden zum Stichtag 31.12.2021 zur sog. Reichsbürger-Szene in Bayern (bitte nach Polizeipräsidien zuordnen)?*

Dem Bayerischen Landeskriminalamt (BLKA) liegen mit Stand 31.12.2021 Erkenntnisse über insgesamt 4.605 in Bayern polizeilich bekannte und tatsächlich identifizierte sogenannte „Reichsbürger und Selbstverwalter“ vor, welche sich wie folgt auf die Präsidien der Bayer. Polizei aufteilen:

- Polizeipräsidium Oberbayern Nord: 513
- Polizeipräsidium Oberbayern Süd: 887
- Polizeipräsidium München: 395
- Polizeipräsidium Niederbayern: 464
- Polizeipräsidium Oberpfalz: 276
- Polizeipräsidium Oberfranken: 461
- Polizeipräsidium Mittelfranken: 574
- Polizeipräsidium Unterfranken: 525
- Polizeipräsidium Schwaben Nord: 241
- Polizeipräsidium Schwaben Süd/West: 269

zu 1.2:

*Welche Auswirkungen hatte das verstärkte Vorgehen der Sicherheitsbehörden gegen 'Reichsbürger' und 'Selbstverwalter' auf die Entwicklung der Reichsbürger-Szene im Jahr 2021?*

Zur Entwicklung der Szene ist zunächst zu konstatieren, dass im Vergleich zum Vorjahr (Stand 31.12.2020: 4.130 Personen) die Anzahl der tatsächlich eingestuftten Personen im Jahr 2021 um 11,5 % gestiegen ist.

Dies dürfte im Wesentlichen auf die Corona-Pandemie zurückzuführen sein, die zu einer höheren Sichtbarkeit und Reichweite von Verschwörungstheorien im Allgemeinen und der Reichsbürger-Ideologien im Besonderen geführt hat. Die Ablehnung der staatlichen Maßnahmen zum Schutz vor Corona – und dabei insbesondere die Ablehnung von Maßnahmen an Schulen – schaffte Anknüpfungspunkte an Personen des bürgerlichen Spektrums. Darüber hinaus werden vermehrt Schreiben oder E-Mails mit reichsbürgertypischen Formulierungen an Personen des öffentlichen Lebens sowie an Institutionen und Behörden versandt. Die Szene zeigt sich zunehmend präsenter, wodurch Identifizierungen von Reichsbürgern vereinfacht werden.

Dabei stehen die Aktivitäten der sogenannten „Reichsbürger und Selbstverwalter“ als sicherheitsgefährdende Bestrebungen besonders im Fokus staatlicher Maßnahmen. Organisierte Strukturen der Reichsbürgerszene haben in Bayern in den letzten Jahren an Bedeutung verloren. Dies ist auch auf das konsequente Vorgehen der Sicherheitsbehörden gegen die Reichsbürgerszene zurückzuführen wie

zum Beispiel strafrechtliche Ermittlungen, Entzug waffenrechtlicher Erlaubnisse oder das Verbot der Reichsbürgergruppierung „Geeinte deutsche Völker und Stämme (GdVuSt)“ am 19.03.2020.

zu 1.3:

*Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über Veranstaltungen, Demonstrationen oder Aktionen, die im Jahr 2021 von ‚Reichsbürgern‘ bzw. ‚Selbstverwaltern‘ organisiert bzw. durchgeführt wurden (bitte nach Datum, Ort, Thema, Veranstalter und Teilnehmerzahl aufschlüsseln)?*

Die sogenannten „Reichsbürger und Selbstverwalter“ führen in der Regel keine Demonstrationen durch, in denen sie für ihre Gruppierung bzw. ihre Ideologie werben. Stattdessen veranstalten sie Schulungen oder halten Vorträge, häufig in privaten Räumen. Hierfür bestehen keine Meldepflichten bei den zuständigen Versammlungsbehörden.

Eine statistisch automatisierte Erfassung im Sinne der Fragestellung erfolgt bei den bayerischen Behörden nicht. Zur vollumfänglichen, belastbaren und validen Beantwortung der gegenständlichen Fragestellung müsste eine umfangreiche manuelle (Einzel-)Auswertung von Akten und Datenbeständen erfolgen. Dies würde bei den einzubindenden Polizeidienststellen und dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) zu einem erheblichen, nicht vertretbaren zeitlichen und personellen Aufwand führen und die Aufrechterhaltung der effektiven Aufgabenerfüllung der bayerischen Sicherheitsbehörden und damit den ebenfalls verfassungsrechtlich garantierten Schutzauftrag des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern gefährden. Auch unter Berücksichtigung der Bedeutung des sich aus Art. 13 Abs. 2, Art. 16a Abs. 1 und 2 Satz 1 Bayerische Verfassung (BV) ergebenden parlamentarischen Fragerechts der Abgeordneten des Landtags kann daher eine Auswertung von Einzelakten nicht erfolgen.

Soweit in der Teilfrage 1.3 nach Einzelpersonen gefragt ist, die als Veranstalter auftraten, würde eine gesonderte Beantwortung der Fragestellung zur Offenlegung personenbezogener Daten von Einzelpersonen führen. Die dem parlamentarischen Fragerecht durch die grundrechtlich geschützten Persönlichkeitsrechte der Betroffenen gesetzten Grenzen (vgl. hierzu BayVerfGH, Entscheidungen vom 11.09.2014, Az.: Vf. 67-IVa-13, Rz. 36 und vom 20.03.2014, Az. Vf. 72-IVa-12,

Rz. 83f. – jeweils mit weiteren Nachweisen) sind daher zu berücksichtigen. Die gebotene Abwägung dieser grundrechtlich geschützten Positionen der Betroffenen mit dem Recht der Abgeordneten auf Information ergibt im vorliegenden Fall, dass eine Beantwortung insoweit nicht statthaft ist. Ein überwiegendes Informationsinteresse ist weder dargelegt noch erkennbar.

Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage 3.1 und 3.2 verwiesen.

zu 2.1:

*Wie viele Personen zählt die Staatsregierung im Jahr 2021 zum besonders aktiven 'harten Kern' der ‚Reichsbürger-Szene‘?*

Dem sogenannten „harten Kern“, der insbesondere durch zahllose Aktivitäten gegenüber staatlichen Institutionen seine Ideologie zum Ausdruck bringt, werden aktuell bis zu 450 Personen zugerechnet.

zu 2.2:

*Welche Organisationen und Zusammenschlüsse aus dem Spektrum der ‚Reichsbürger‘ waren 2021 in Bayern aktiv?*

Die Reichsbürgerszene zeichnet sich durch ihre Strukturarmut aus. Es entstehen in kurzen zeitlichen Abständen lose Verbindungen, die sich in Anzahl und personeller Zusammensetzung rasch verändern können. Feste Strukturen stellen eher die Ausnahme dar. In Bayern waren im Jahr 2021 folgende Organisationen und Zusammenschlüsse aktiv:

- GdVuSt bzw. lokale Nachfolgeorganisationen
- Verfassungsgebende Versammlung
- Volksstaat Bayern
- Staatenlos.info – Comedian e. V.
- Vaterländischer Hilfsdienst.

zu 2.3:

*Wie viele ‚Reichsbürger‘ bzw. ‚Selbstverwalter‘ werden in Bayern aktuell dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet?*

Die Zahl der Personen, die gleichzeitig Bezüge in die Phänomenbereiche Rechts-extremismus und die der sogenannten „Reichsbürger und Selbstverwalter“ aufweisen, hat sich im Jahr 2021 erneut erhöht. Sie beläuft sich aktuell auf ca. 130 Personen. Ein Grund hierfür ist, dass Verschwörungstheorien, die gemeinsame staatsablehnende Haltungen transportieren, im Zuge der Corona-Pandemie einen Auftrieb erfahren haben. Diese sind häufig mit rechtsextremistischen Ideologemen aufgeladen. Reichsbürger integrieren letztere somit in ihre Kommunikation. Dadurch lassen sie erkennen, dass ihr politischer Aktivismus auch rechtsextremistisch motiviert ist.

zu 3.1:

*In welcher Form beteiligen sich Personen oder Organisationen aus dem Spektrum der ‚Reichsbürger‘ bzw. ‚Selbstverwalter‘ an den Protesten gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in Bayern?*

zu 3.2:

*Bei welchen Veranstaltungen bzw. Demonstrationen im Zusammenhang mit den Anti-Corona-Protesten in Bayern sind ‚Reichsbürger‘ bzw. ‚Selbstverwalter‘ als Organisatoren bzw. Veranstalter aufgetreten (bitte sortiert nach Datum, Ort, Art und Thema der Veranstaltung, Zahl der Teilnehmenden auflisten)?*

Die Fragen 3.1 und 3.2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die wesentlichen ideologischen Elemente der sogenannten „Reichsbürger und Selbstverwalter“ sind verschwörungstheoretischer Art. Die im Zuge der Corona-Pandemie zunehmende Verbreitung von Verschwörungstheorien bietet daher auch potenzielle Anknüpfungspunkte für Reichsbürger. Durch die Corona-Pandemie sehen sich diese in ihren Vorstellungen vielfach bestätigt.

Angehörige aus der Szene beteiligten sich zumeist als Einzelpersonen an Veranstaltungen bzw. Demonstrationen im Zusammenhang mit den Protesten gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in Bayern. In den meisten Fällen in Bayern mischten sie sich unter die heterogene Veranstaltungsmenge und traten dabei nicht gezielt in Erscheinung. Nur in wenigen Fällen traten sie als Anmelder oder Organisatoren auf.

Eine statistisch automatisierte Erfassung im Sinne der Fragestellung erfolgt bei den bayerischen Behörden nicht. Zur vollumfänglichen, belastbaren und validen Beantwortung der gegenständlichen Fragestellung müsste eine umfangreiche manuelle (Einzel-)Auswertung von Akten und Datenbestände erfolgen. Dies würde bei den einzubindenden Polizeidienststellen und dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) zu einem erheblichen, nicht vertretbaren zeitlichen und personellen Aufwand führen und die Aufrechterhaltung der effektiven Aufgabenerfüllung der bayerischen Sicherheitsbehörden und damit den ebenfalls verfassungsrechtlich garantierten Schutzauftrag des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern gefährden. Auch unter Berücksichtigung der Bedeutung des sich aus Art. 13 Abs. 2, Art. 16a Abs. 1 und 2 Satz 1 Bayerische Verfassung (BV) ergebenden parlamentarischen Fragerechts der Abgeordneten des Landtags kann daher eine Auswertung von Einzelakten nicht erfolgen.

Die in der Anlage 1 beigefügte Tabelle enthält alle dem BayLfV bekanntgewordenen Veranstaltungen, Demonstrationen oder Aktionen mit Bezug zum Protestgeschehen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen für das Jahr 2021, an denen sogenannte „Reichsbürger und Selbstverwalter“ teilgenommen haben und/oder die von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ organisiert bzw. durchgeführt wurden.

Es wird darauf hingewiesen, dass sich aus der kontinuierlichen Bearbeitung von Veranstaltungen der Corona-Protestszenen mit extremistischen Teilnehmern auch nachträgliche Änderungen für bereits angefragte Zeiträume ergeben können, so dass es zu Unterschieden in der Zahl zugedieferter Fälle kommen kann. Grund hierfür kann u. a. sein, dass erst nachträglich bekannt wird, dass auch Extremisten an einer Veranstaltung teilgenommen haben. In diesen Fällen wird die Liste auch retrograd aktualisiert und kann folglich mehr Fälle von Veranstaltungen der Corona-Protestszenen mit extremistischen Teilnehmern enthalten.

zu 3.3:

*Welche Straf- und Gewalttaten im Zusammenhang mit der Coronapandemie lassen sich Tätern aus dem Spektrum der ‚Reichsbürger‘ bzw. ‚Selbstverwalter‘ zuordnen (bitte sortiert nach Datum, Ort, Polizeipräsidium, Straftatbestand und Zahl der ermittelten Täter einzeln aufschlüsseln)?*

Die nachfolgenden Rechercheergebnisse des Bayerischen Landeskriminalamts (BLKA) beruhen auf dem bundesweit einheitlichen Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch Motivierter Kriminalität (KPMD-PMK).

Demnach wurden im Tatjahr 2021 70 Täter zu 75 Delikten im Sinne der Fragestellung im KPMD-PMK erfasst. Die Aufschlüsselung kann der Anlage 2 entnommen werden.

zu 4.1:

*Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über politisch motivierte Straftaten von ‚Reichsbürgern‘ bzw. ‚Selbstverwaltern‘ in Bayern im Jahr 2021 (bitte sortiert nach Datum, Ort, Polizeipräsidium, Straftatbestand und Zahl der ermittelten Täter einzeln aufschlüsseln)?*

zu 4.2:

*Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über politisch motivierte Gewalttaten von ‚Reichsbürgern‘ bzw. ‚Selbstverwaltern‘ in Bayern im Jahr 2021 (bitte sortiert nach Datum, Ort, Polizeipräsidium, Straftatbestand, Zahl der ermittelten Täter und kurzer Sachverhaltsdarstellung einzeln aufschlüsseln)?*

Die Fragen 4.1 und 4.2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Im Tatjahr 2021 wurden 460 Täter zu 486 Straftaten im Sinne der Fragestellung im KPMD-PMK erfasst. Bei 130 Delikten handelte es sich um Gewaltkriminalität. Anonymisierte Kurzsachverhalte sind nur bei Gewaltdelikten in den Fallzahlendatenbanken enthalten.

Die Aufschlüsselung ist der Anlage 3 zu entnehmen.

zu 4.3:

*Wie viele Straftaten gegen politische Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger durch ‚Reichsbürger‘ bzw. ‚Selbstverwalter‘ haben die bayerischen Sicherheitsbehörden im Jahr 2021 registriert (bitte sortiert nach Datum, Ort, Polizeipräsidium, Straftatbestand, Zahl der ermittelten Täter und kurzer Sachverhaltsdarstellung einzeln aufschlüsseln)?*

Im Tatjahr 2021 wurden 213 Täter zu 229 Straftaten im Sinne der Fragestellung im KPMD-PMK erfasst. Bei 68 Delikten handelte es sich um Gewaltkriminalität. Anonymisierte Kurzsachverhalte sind nur bei Gewaltdelikten in den Fallzahlendatenbanken enthalten.

Die Aufschlüsselung ist der Anlage 4 zu entnehmen.

zu 5.1:

*Wie viele Personen wurden im Jahr 2021 Opfer von Straf- und Gewalttaten, die durch ‚Reichsbürger‘ bzw. ‚Selbstverwalter‘ begangen wurden?*

Im Tatjahr 2021 wurden 165 Opfer im Sinne der Fragestellung im KPMD-PMK erfasst.

zu 5.2:

*Wie viele der unter 4.1, 4.2. und 4.3 gelisteten Straftaten wurden mit dem Tatmittel Internet begangen?*

In 142 Fällen der unter 4.1 und 4.2 sowie in 58 Fällen der unter 4.3 gelisteten Straftaten wurde das Tatmittel Internet genutzt.

zu 5.3:

*Welche Rolle spielen soziale Netzwerke wie Facebook, Video-Portale wie YouTube und Messenger-Dienste wie Telegram für die Vernetzung und die Aktivitäten der ‚Reichsbürger-Szene‘ in Bayern?*

Die sogenannten „Reichsbürger und Selbstverwalter“ sind im Internet vernetzt und tauschen sich über die bekannten Plattformen aus. Das Internet ist grundsätzlich ein wesentlicher Ort der Kommunikation in der Reichsbürgerszene, da er die für die Szene typischen losen und zum Teil kurzzeitigen Verbindungen mit einfachen Mitteln ermöglicht. Dieser Umstand hat während der Pandemie, aufgrund der zumindest zeitweise eingeschränkten Möglichkeiten, realweltliche Treffen abzuhalten, zusätzlich an Bedeutung gewonnen. Da Reichsbürger tendenziell strukturarm sind, nutzen sie das Internet, um sich mit ihresgleichen auszutauschen. Es werden



online Gleichgesinnte gesucht und stetig neue Verbindungen geschlossen, die sich nach einer gewissen Zeit und gegebenenfalls im Dissens auch genauso schnell wieder lösen können.

Das Internet dient den sogenannten „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ zur Verbreitung und zum Austausch von Informationen und der Vernetzung untereinander. Dies geschieht sowohl über verschiedene privat betriebene Webseiten, so etwa Blogs von Webseiten-Anbietern wie wordpress.com, als auch über die sozialen Netzwerke und Video-Portale, wie zum Beispiel YouTube oder vk.com. Insbesondere Messenger-Dienste, vor allem Telegram, haben seit dem Jahr 2020 an Bedeutung gewonnen. So können relevante Informationen, Vordrucke und Anträge an Behörden, aber auch Aufforderungen zur Teilnahme an Gerichtsverhandlungen oder Blockaden bei Zwangsräumungen, innerhalb kürzester Zeit jeweils einem bestimmten Kreis an Personen zur Verfügung gestellt werden. Auch eine Weiterverbreitung dieser Inhalte an eigene Freunde und Follower ist innerhalb der sozialen Netze durch „Teilen“ und „Liken“ problemlos möglich. Die etablierten sozialen Netzwerke spielen hier eine untergeordnete Rolle. So werden Facebook oder Twitter zwar teilweise genutzt, besitzen aber innerhalb der Szene keine herausragende Reichweite. Dafür haben sogenannte Alt-Tech-Plattformen wie etwa Bitchute oder Odysee an Bedeutung gewonnen.

zu 6.1:

*Wie viele ‚Reichsbürger‘, ‚Selbstverwalter‘ und Personen, die in Verdacht stehen, der ‚Reichsbürger-Szene‘ anzugehören, verfügten zum 31.12.2021 über eine waffenrechtliche Erlaubnis (bitte aufschlüsseln nach kleiner Waffenschein, Waffenschein und Waffenbesitzkarte)?*

Zum 31.12.2021 verfügten elf Personen, die der sogenannten „Reichsbürger- und Selbstverwalter-Szene“ zurechnen sind, über waffenrechtliche Erlaubnisse. Bei sechs von diesen Personen wurde bis zum 31.12.2021 die Einleitung eines waffenrechtlichen Widerrufsverfahrens noch geprüft, bei fünf dieser Personen war das eingeleitete Widerrufsverfahren zum 31.12.2021 noch nicht abgeschlossen.

zu 6.2:

*Wie vielen ‚Reichsbürgern‘ bzw. ‚Selbstverwaltern‘ haben die Waffenbehörden in den vergangenen Jahren die waffenrechtliche Erlaubnis entzogen (bitte aufschlüsseln nach Jahr, Ort, Art der waffenrechtlichen Erlaubnis und unter Angabe der jeweils eingezogenen bzw. abgegebenen Waffen)?*

Seit Oktober 2016 bis zum 31.12.2021 wurden gegen 397 Personen, die der Reichsbürger und Selbstverwalter-Szene zuzurechnen waren, Verfahren zum Widerruf der waffenrechtlichen Erlaubnisse eingeleitet. In 240 Fällen haben die Waffenbehörden einen Widerrufsbescheid erlassen, in 43 Fällen wurden die Erlaubnisse freiwillig zurückgegeben, fünf Verfahren waren zum 31.12.2021 noch nicht abgeschlossen. In den übrigen Fällen erledigte sich das Verfahren auf sonstige Weise, etwa indem sie sich glaubhaft von der Reichsbürger- und Selbstverwalter-Szene distanzieren oder den Verdacht, der Reichsbürger und Selbstverwalter-Szene anzugehören, widerlegen konnten.

Die gewünschte Aufschlüsselung der waffenrechtlichen Erlaubnisse kann nicht mitgeteilt werden, da hierzu keine statistischen Daten vorliegen. Zudem würde eine solche Aufschlüsselung aufgrund ihres kleinteiligen Maßstabs Rückschlüsse auf die Identität der betroffenen Personen ermöglichen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist für den Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung die strikte Geheimhaltung der zu statistischen Zwecken erhobenen Einzelangaben unverzichtbar, solange ein Personenbezug noch besteht oder herstellbar ist (BVerfGE 65, 1/49). Auf Art. 17 des Bayerischen Statistikgesetzes wird Bezug genommen.

zu 6.3:

*Wie viele angemeldete oder illegale Waffen wurden bei ‚Reichsbürgern‘ bzw. ‚Selbstverwaltern‘ im Jahr 2021 durch die bayerischen Waffenbehörden eingezogen oder beschlagnahmt?*

Im Sinne der Fragestellung existieren keine statistischen Angaben bei den Waffenbehörden.

Im Rahmen des Widerrufs der waffenrechtlichen Erlaubnisse (vgl. Frage 6.2) wurden im Zeitraum von Oktober 2016 bis 31.12.2021 insgesamt 888 Waffen Personen, die der Reichsbürger und Selbstverwalter-Szene zurechnen sind, entzogen, indem sie an Berechtigte abgegeben oder dauerhaft unbrauchbar gemacht wurden.

zu 7.1:

*Welche Unterstützungs- und Beratungsangebote gibt es für Landes- und Justizbehörden und kommunale Dienststellen im Umgang mit sog. 'Reichsbürgern' bzw. 'Selbstverwaltern'?*

Zur zentralen Informationssammlung, -bewertung und -verdichtung wurde in jedem Präsidium der Bayerischen Landespolizei ein sogenannter Single Point of Contact zur Bearbeitung von Reichsbürgersachverhalten (SPOC-Reichsbürger) eingerichtet. Dieser ist zugleich Ansprechpartner für Behörden, berät und unterstützt diese und nimmt insbesondere auch Verdachtsmeldungen über sog. „Reichsbürger und Selbstverwalter“ entgegen. Ebenso erfolgt dort bei Bedarf die Beratung und Aufklärung zu einschlägigen Schreiben, Flyer, u. a. der Szene sowie – im Falle strafrechtlich relevanter Sachverhalte – die Vermittlung an die für die Ermittlungen örtlich zuständige Polizei- oder Kriminalpolizeiinspektion. Zudem werden insbesondere Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher regelmäßig im Rahmen der Amtshilfe bei Vollstreckungshandlungen durch Kräfte der Polizei unterstützt.

Die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) ist die zentrale Informations- und Beratungsstelle der Bayerischen Staatsregierung zur Bekämpfung des politischen Extremismus. Ihr Aufgabenfeld umfasst den Rechts- und Linksextremismus, die verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit sowie die Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter. Die BIGE soll in diesen Phänomenbereichen nicht nur die Bekämpfung des Extremismus unterstützen, sondern auch die Zusammenarbeit von staatlichen Stellen, Kommunen, Schulen und gesellschaftlichen Einrichtungen stärken.

Auf ihrem Internetportal [www.bige.bayern.de](http://www.bige.bayern.de) stellt die BIGE umfangreiche Hintergrundinformationen und aktuelle Nachrichten über Reichsbürger und Selbstverwalter im Freistaat bereit. Daneben werden praktische Tipps zum Umgang mit

Szeneangehörigen angeboten und weitere Hilfsangebote dargestellt. Die BIGE führt bayernweit für unterschiedliche Bedarfsträger regelmäßig Informationsveranstaltungen zu Reichsbürgern und Selbstverwaltern durch. Daneben berät die BIGE auch Bedarfsträger aufgrund von konkreten Anlässen, z. B. zum Umgang von kommunalen Bediensteten mit Szeneangehörigen in der Verwaltungspraxis.

Für Landes- und Justizbehörden gibt es eine vom Staatsministerium der Justiz (StMJ) federführend erstellte und regelmäßig aktualisierte interne 'Handreichung zum Umgang mit schwierigen Verfahrensbeteiligten', die für typische Störstrategien von Reichsbürgern in behördlichen und gerichtlichen Verfahren sensibilisiert und Empfehlungen für den Umgang hiermit formuliert. Ergänzend wird auf die Antwort der Staatsregierung vom 05.04.2018 auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Eva Gottstein vom 02.02.2018 (Drs. 17/21694 vom 20.08.2018) verwiesen.

Zudem bietet das StMJ für sämtliche Justizbediensteten ein umfangreiches Fortbildungsangebot, welches in zahlreichen Fortbildungsveranstaltungen den Umgang mit schwierigen Verfahrensbeteiligten und aggressiven Störern zum Gegenstand hat und damit insbesondere auch auf den Umgang mit Reichsbürgern vorbereitet.

Bereits in den Einführungstagungen für junge Richterinnen und Richter wird der Umgang mit schwierigen Beteiligten und dabei auch mit Reichsbürgern in Gerichtsverhandlungen thematisiert und es werden hierzu Fälle im Wege eines Rollenspiels simuliert. In das im letzten Jahr aufgelegte digitale Format der Einführungstagungen wurde ein eigener Vortrag zum Umgang mit kritischen Situationen in Verhandlungen, in welchem auch Störungen durch sogenannte Reichsbürger eingehend behandelt werden, aufgenommen. Ein umfangreiches Skript hierzu ist im Intranet verfügbar. Daneben führt das StMJ auch regelmäßig eine eintägige Tagung mit dem Titel „Umgang mit Störungen in der Gerichtsverhandlung“ durch, welche ein besonderes Augenmerk auch auf die Reichsbürgerproblematik legt. Zuletzt fand im Jahr 2017 zudem ein mehrtägiges, Qualifikationsebenen übergreifendes Praxissymposium zum Umgang mit sog. Reichsbürgern und ähnlich schwierigen Verfahrensbeteiligten statt, zu welchem ebenfalls ausführliche Unterlagen im Intranet vorhanden sind. Auch für Justizwachtmeister, Gerichtsvollzieher

und Rechtspfleger bestehen zum Umgang mit Reichsbürgern spezielle Fortbildungen, wie etwa die Tagung „Seminar zur Gefahrerkenkung, Konfliktbewältigung und Deeskalation für Gerichtsvollzieher/innen“, die unter anderem auf die Reichsbürgerproblematik ausgerichtet ist. Ferner bietet auch die Deutsche Richterakademie (DRA) regelmäßig Veranstaltungen an, welche den Umgang mit Reichsbürgern zum Gegenstand haben, z. B. die Tagung „Umgang mit Staatsleugnern – Reichsbürger, Selbstverwalter, Zivilrechtler und anderes schwieriges Klientel“, welche einen Überblick über das Phänomen der „Reichsbürger“ sowie rechtliche und tatsächliche Handlungsempfehlungen gibt.

zu 7.2:

*Wie viele Ermittlungs- und Disziplinarverfahren gegen Polizistinnen und Polizisten mit Kontakt zur ‚Reichsbürger‘- und ‚Selbstverwalter‘-Szene sind aktuell noch anhängig oder wurden im Jahr 2021 abgeschlossen?*

Insgesamt wurden im Zusammenhang mit der sog. Reichsbürger- und Selbstverwalterszene 23 Disziplinarverfahren gegen Polizeivollzugsbeamte und Polizeivollzugsbeamte a. D. der Bayerischen Polizei eingeleitet. 16 Verfahren sind beendet, davon vier im Jahr 2021. Von den 16 Verfahren sind 13 Verfahren mit einer disziplinarrechtlichen bzw. dienstaufsichtlichen Ahndung abgeschlossen. Zwei Verfahren wurden eingestellt. Ein Beamter ließ sich auf eigenen Antrag entlassen, sodass das Verfahren eingestellt und die Feststellung nach Art. 11 Abs. 6 BayDG getroffen wurde.

Die derzeit noch laufenden sieben Disziplinarverfahren richten sich gegen drei Ruhestandsbeamte und gegen vier aktive Polizeivollzugsbeamte. Alle aktiven Beamten wurden vom Dienst suspendiert (Verbot der Führung der Dienstgeschäfte/Vorläufige Dienstenthebung). In fünf der sieben laufenden Fälle ist nach derzeitigem Verfahrensstand die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis bzw. die Aberkennung des Ruhegehalts beabsichtigt.

zu 7.3:

*Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über weitere mögliche Personen mit ‚Reichsbürger‘-Zugehörigkeit im öffentlichen Dienst in Bayern?*

Bei der Bayerischen Polizei erhielt ein Tarifbeschäftigter eine Abmahnung, da er sich in einem Gespräch im Zusammenhang mit Coronamaßnahmen reichsbürger-typisch geäußert hatte. Im Rahmen der Anhörung zur arbeitsrechtlichen Maßnahme distanzierte sich der Arbeitnehmer glaubhaft von seinen Aussagen.

Außerhalb des Polizeidienstes hat die Staatsregierung seit dem 01.01.2021 Kenntnis von drei Verdachtsfällen (drei Beamte des Freistaates Bayern), bei denen in jeweils unterschiedlichem Maß Bezüge zur sog. Reichsbürger-/Selbstverwalterszene bestehen. In zwei der drei Fälle wurden zwischenzeitlich Disziplinarverfahren eingeleitet (Stand: 18.03.2021).

Zudem haben sich seit dem 01.01.2021 in bereits bekannten Fällen folgende Entwicklungen hinsichtlich der laufenden Disziplinarverfahren ergeben:

- In einem Fall, wurde ein 2019 zwischenzeitlich ausgesetztes Disziplinarverfahren, nach Abschluss der strafrechtlichen Ermittlungen, 2021 wieder fortgesetzt.
- In einem weiteren Fall wurde in einem 2020 eingeleiteten Disziplinarverfahren Disziplinarklage auf Entfernung aus dem Beamtenverhältnis erhoben, sowie eine vorläufige Dienstenthebung ausgesprochen.
- Darüber hinaus wurde in einem 2020 eingeleiteten Disziplinarverfahren erstinstanzlich die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis verfügt. Dieses Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig.
- Des Weiteren konnten 2021 zwei Fälle disziplinarrechtlich abgeschlossen werden. In einem Fall wurde die Berufung gegen das erstinstanzliche Urteil auf Kürzung der Dienstbezüge um 1/10 zurückgewiesen. Im zweiten Fall wurde die Berufung gegen ein erstinstanzliches Urteil auf Entfernung aus dem Beamtenverhältnis zurückgewiesen.
- Darüber hinaus wurde in einem Fall das Disziplinarverfahren 2021 eingestellt, da ein Dienstvergehen letztlich nicht nachgewiesen werden konnte.

Im Bereich der kommunalen Arbeitgeber und Dienstherren sind der Staatsregierung (Stand 31.12.2021) zwei Fälle (eine Beamtin, ein Arbeitnehmer) bekannt, bei denen in jeweils unterschiedlichem Maß Bezüge zur Reichsbürgerbewegung bestehen. Gegen die Beamtin wurde ein Verbot der Ausübung der Dienstgeschäfte ausgesprochen und ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Beim Arbeitnehmer findet eine regelmäßige Überprüfung des Verhaltens statt.

zu 8.1:

*Wie bewertet die bayerische Staatsregierung – auch vor dem Hintergrund der rasanten Radikalisierung und Ausweitung der Protestbewegung gegen die Corona-Maßnahmen - aktuell das Gefährdungspotenzial, das von der ‚Reichsbürger-Szene‘ in Bayern ausgeht?*

Der Teilnehmerkreis bei Demonstrationen gegen die staatlichen Maßnahmen zum Schutz vor Corona besteht überwiegend aus einer sogenannten heterogenen Mischszene. Diese setzt sich aus Personen der verschiedensten Milieus mit unterschiedlichen Motivlagen zusammen. Die Spannweite reicht dabei von Bürgern, die auf die Bedeutung des Versammlungsgrundrechts hinweisen wollen, über Impfgegner, Esoteriker, generelle Staats skeptiker bis hin zu Verschwörungstheoretikern und Personen der rechts- und linksextremistischen Szene.

Auch eine Beteiligung von Reichsbürgern am Demonstrationsgeschehen gegen staatliche Beschränkungsmaßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ist festzustellen.

Die Reichsbürgerideologie insgesamt ist geeignet, Personen in ein geschlossenes verschwörungstheoretisches Weltbild zu verstricken, in dem aus Staatsverdrossenheit Staatshass werden kann. Dies kann zur Grundlage für Radikalisierungsprozesse bis hin zur Gewaltanwendung werden. Der Glaube daran, dass die geltende Rechtsordnung für sie keine Gültigkeit hätten, führt dazu, dass staatliche Maßnahmen als unrechtmäßig empfunden werden. Gewalttaten richten sich daher in aller Regel gegen staatliche Maßnahmen beziehungsweise gegen Vertreter des Staates.

Strafrechtlich relevante Handlungen von irrationalen oder verschwörungstheoretischen Tätern sind durchaus möglich, jedoch polizeilich nur schwer bis gar nicht voraussehbar.

zu 8.2:

*Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung zu Aktivitäten des aus dem Reichsbürgermilieu stammenden so genannten ‚Vaterländischen Hilfsdienstes‘ im Jahr 2021 in Bayern?*

Bei der Gruppierung „Vaterländischer Hilfsdienst“ (VHD) handelt es sich um einen Personenzusammenschluss, der sich in der Tradition der gleichnamigen zivilen Ergänzung zur Wehrpflicht im Deutschen Reich aus dem Jahr 1916 versteht. Organisatorisch unterteilt sich der VHD in insgesamt 24 „Armeekorpsbezirke“ und bezieht sich dabei auf die Grenzen des Deutschen Reichs. Wie alle Reichsbürgergruppierungen erkennt auch der VHD weder den Staat noch dessen Exekutivbefugnisse an. Die Kampagne des VHD weist Bezüge zu weiteren Gruppierungen auf, insbesondere zu „Bismarcks Erben“ (Lübeck, Schleswig-Holstein).

Angehörige des VHD veranstalteten im Jahr 2021 mehrere Treffen in Bayern, u. a. am Starnberger See sowie am Schloss Oberschleißheim, über die sie auch auf ihrer Webseite berichteten. Die Treffen finden oftmals an beliebten Ausflugszielen statt und sind einem bestimmten Thema gewidmet. Hauptziel der Veranstaltungen ist die Vernetzung der Anhängerschaft. Häufig werden auch Flugblätter des VHD verteilt.

zu 8.3:

*Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über Versuche zum Betrieb illegaler Schulen bzw. Lerngruppen aus dem Umfeld der ‚Reichsbürger‘- bzw. Selbstverwalterszene‘ in Bayern?*

Vorangestellt wird der Beantwortung der Frage 8.3 folgender Schulbegriff: Der Begriff Schule wird regelmäßig wie folgt umschrieben (in Anlehnung an Heckel, Deutsches Privatschulrecht, Köln 1955, S. 218, so Brosius-Gersdorf, in: Dreier, Grundgesetz-Kommentar, Art. 7 GG, Rn. 31, und Rux, Schulrecht, 6. Aufl., 2018, Rn. 6):

„Schule ist eine auf eine gewisse Dauer angelegte, an fester Stätte unabhängig vom Wechsel der Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler in überlieferter Form organisierte Einrichtung der Erziehung und des Unterrichts, die durch planmäßige und methodische Einweisung eines größeren Personenkreises in einer Mehrzahl allgemein- oder berufsbildender Fächer bestimmte Bildungs- und Erziehungsziele verwirklichen soll und nach Sprachsinne und allgemeiner Auffassung als Schule angesehen werden kann.“



Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (BayVGH) hat diese Begriffsdefinition im Wesentlichen bestätigt (BayVGH, Urteil vom 15.06.1994 – 7 B 92.438).

Für einen Schulbetrieb muss ein gewisser Organisationsgrad vorhanden sein. Als Kriterien dafür können folgende Gegebenheiten herangezogen werden:

- auf Dauer angelegter Betrieb
- an einem festgelegten (gleichbleibenden) Ort in entsprechenden Räumlichkeiten
- vorgegebene regelmäßige Organisation des „Unterrichts“ (z. B. Stundenplan, Ferienregelung)
- planmäßige Unterweisung, zusammengestellte Schülergruppen, Einsatz von Fachpersonal
- Anwerbung von Schülerinnen und Schülern, Werbematerial
- Infolyer, Anmeldeformulare, Schulverträge
- verantwortliche natürliche/juristische Person

Dieser Schulbegriff wird vom Bayerischen Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) vorausgesetzt. Anhand dieser Begriffsdefinition erfolgt in ständiger Praxis die Abgrenzung zu Lerngruppen, Nachhilfekursen etc. und zu Kinderbetreuungsangeboten bzw. -einrichtungen u. Ä.

Ersatzschulen im Sinne des Art. 91 BayEUG werden schulaufsichtlich als illegal angesehen, wenn sie betrieben werden, ohne zuvor gemäß Art. 92 BayEUG von der zuständigen Schulaufsichtsbehörde genehmigt worden zu sein. Der Begriff der „illegalen sogenannten Schule“ wird deshalb so verstanden, dass nur ungenehmigte allgemeinbildende Schulen im Sinne des oben erwähnten Schulbegriffs zu nennen sind.

Nach bisherigen Erkenntnissen sind nur zwei Schulen im Sinne der Fragestellung bekannt, die seit Beginn der Pandemie ohne schulaufsichtliche Genehmigung betrieben wurden:

- Am 17.09.2021 wurde die Polizeiinspektion Rosenheim durch die Gemeinde Schechen um Unterstützung bei Kontrollmaßnahmen bei einer „alternativen Schule“ ersucht. Es handelte sich um einen alten Bauernhof, der in einen professionell ausgestatteten Schulraum inklusive Mensa umfunktioniert wurde. Dort wurden Laien und Eltern als Lehrkräfte eingesetzt. Nach der Beobachtung

der Polizeiinspektion Rosenheim wurden ca. 50 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Der Betrieb wurde durch das Landratsamt Rosenheim und die Regierung von Oberbayern eingestellt. Der für die „alternative Schule“ verantwortliche Personenkreis konnte dem Reichsbürger-Spektrum zugeordnet werden.

- Vor den Herbstferien 2021 wurden das Staatliche Schulamt im Landkreis Erlangen-Höchstädt und in der Stadt Erlangen, die Stadt Erlangen, danach auch die Regierung von Mittelfranken und das StMUK durch Presseberichterstattung auf die Vorgänge in der Königsmühle aufmerksam. Behauptungen, dort würde eine nicht genehmigte Schule betrieben, jedenfalls aber Kinder im schulpflichtigen Alter während der regelmäßigen Unterrichtszeit im Rahmen einer Lerngruppe betreut und dadurch die Schulbesuchspflicht verletzt, ist von den drei Erstgenannten – z. T. und mit Unterstützung der Polizei auch auf dem Gelände der Königsmühle – nachgegangen worden.

Bei einer gemeinsamen Kontrolle von Polizei und Ordnungsbehörde der Stadt Erlangen am Donnerstagvormittag, 25.11.2021, wurden keine schulpflichtigen Kinder angetroffen. Die Polizei teilte mit, dass bei einer erneuten Besichtigung der Königsmühle am Vormittag des 29.11.2021 keine Kinder im schulpflichtigen Alter festgestellt wurden. Nach den seinerzeit vorliegenden Erkenntnissen und dem Ergebnis der genannten Ortsbesichtigungen lagen keine hinreichenden Indizien vor, die einen nicht genehmigten Schulbetrieb nahelegten. In Abstimmung zwischen der Polizei, der Stadt Erlangen und den Schulbehörden wurden die Geschehnisse auf dem Gelände der Königsmühle weiter beobachtet und die Aufklärung des Sachverhalts fortgesetzt.

Aufgrund weiterer Beobachtungen erfolgte am 20.01.2022 eine Durchsuchung der Königsmühle sowie eines Privatanwesens in Erlangen durch Mitarbeiter der Stadt Erlangen und der Polizei. Dabei wurden zahlreiche Erkenntnisse gewonnen, die darauf schließen lassen, dass die am 20.01.2022 in der Königsmühle angetroffenen 14 schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen in einem nicht genehmigten Unterrichtsbetrieb beschult wurden. Hierzu zählen neben der Ausstattung der Räume in der Königsmühle unter anderem auch sichergestellte Unterrichtsmaterialien und Schülerlisten sowie Aufstellungen mit Elternkontakten.

Aufgrund dieser Erkenntnisse wurde der Pächterin der Königsmühle und einer dort am 20.01.2022 angetroffenen weiteren Person, die nach bisherigen Einschätzungen an diesem Tag Kinder unterrichtete, auf Grundlage des Art. 95 BayEUG der Schulbetrieb und das Unterrichten untersagt.

Bei anderen Einrichtungen, die in der Pandemie von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen besucht wurden, handelt es sich nach bisherigen Erkenntnissen der Schulaufsichtsbehörden allenfalls um Lerngruppen. Allerdings dauern die Ermittlungen noch an.

Die Frage nach illegalen Lerngruppen kann mangels näherer Erläuterung nicht beantwortet werden. Lerngruppen, die schulpflichtige Kinder und Jugendliche während der regelmäßigen Unterrichtszeit und ggf. auch in Kenntnis einer begangenen Schulpflichtverletzung lediglich betreuen oder bei Hausaufgaben unterstützen, können allein deshalb nicht als „illegal“ bzw. rechtswidrig angesehen werden. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die Weigerung Schulpflichtiger, am Präsenzunterricht teilzunehmen oder die Entscheidung der Sorgeberechtigten, Schulpflichtige nicht am Präsenzunterricht teilnehmen zu lassen, seit Pandemiebeginn nicht durchgehend pflichtwidrig war und eine Ordnungswidrigkeit darstellte. Von Januar 2021 bis zu den Herbstferien 2021 war es an bayerischen Schulen aufgrund der pandemiebedingten Ausnahmesituation übergangsweise möglich, bei einer individuell empfundenen Gefährdung die Schulpflicht auch durch das Distanzlernen zu erfüllen.

Über die oben definierte Begrifflichkeit im realweltlichen Raum hinaus, wurde dem BayLfV folgender Sachverhalt im digitalen Raum bekannt. Demnach entwickelte die Reichsbürgergruppierung „Verfassunggebende Versammlung“ (VV) eine digitale Lernplattform, die als Alternative zum regulären Schulsystem gelten soll. Vor diesem Hintergrund betreibt die Gruppierung im Internet die sogenannten BSD-Schulen. Die Abkürzung „BSD“ steht dabei für „Bildung Spielend Downloaden“.

Auf dem Portal wird das staatliche Schulsystem kritisiert und werden auf die Zielgruppe ausgerichtete Inhalte, wie beispielsweise das Video eines Kinderchors, bereitgestellt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Sandro Kirchner  
Staatssekretär